



## »Wir sind hier, weil Ihr unsere Länder zerstört«<sup>1</sup>

Über 65 Millionen Menschen befinden sich laut UNHCR weltweit auf der Flucht. Die Mehrheit unter ihnen sind junge Menschen, die sich auf die Suche nach neuen Perspektiven begeben. Denn viele von ihnen sehen in ihrer Heimat weder Gegenwart noch Zukunft – weder für sich, noch für ihre Familien.

Doch diese Perspektivlosigkeit ist keineswegs hausgemacht. Sie ist das Ergebnis jahrzehntelanger neoliberaler Politik einiger weniger Industrie- und Schwellenländer. Gemeinsam treibt die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (19 Länder plus EU) – die G20 – eine Politik voran, der es um jeden Preis um Wirtschaftswachstum und Profitmaximierung geht. Dadurch unterwerfen sie immer mehr Arbeits- und Lebensbereiche, (nicht nur) im Globalen Süden, ihren neoliberalen Freihandelszwängen. Menschenleben müssen sich hinter ihre Profitgier reihen, denn die Früchte tragen die Kooperationspartner\*innen der globalen Konzerne und einige wenige Vermögensbesitzer\*innen.

Im **Senegal** äußert sich diese neoliberale (Handels-)Politik vor allem in der Zerstörung der lokalen Fischerei und der Landwirtschaft. Durch das 2014 mit der EU abgeschlossene Fischereiabkommen fischen die riesigen Trawler der EU-Flotte das Meer vor der senegalesischen Küste leer und importieren den Fang in die eigenen Industrienationen. Die Lebensgrundlage der einheimischen Bevölkerung ist damit zerstört. Ein zusätzliches Problem ist das sogenannte Landgrabbing: Landwirtschaftliche Flächen werden an ausländische Investor\*innen, meist aus den G20-Staaten, verkauft oder verpachtet, die diese dann zum Anbau und Export von Nahrungsmitteln verwenden. Inzwischen sind mehr als fünf Prozent der in Westafrika für landwirtschaftliche Zwecke zur Verfügung stehenden Fläche im Besitz ausländischer Agrarunternehmen.

Ein weiteres Beispiel für die problematischen Entwicklungen infolge neoliberaler Politik ist **Guinea**. Dort werden seit der Kolonialzeit die Vorkommnisse an Gold, Eisenerz und Bauxit fast ausschließlich von

Unternehmen der ehemaligen Besetzer\*innen – vor allem die G20-Staaten – abgebaut. Die Gewinne kommen zwar auch der Regierung zugute, die mit den G20-Nationen kooperiert, nicht jedoch der Bevölkerung. Aufgrund der systematischen Selbstbereicherung der politischen Elite durch die Unterstützung der globalen Konzerne und deren Ruinieren der nationalen Wirtschaft ist Migration für viele junge Menschen oft die einzige Möglichkeit, dieser Perspektivlosigkeit zu entkommen.

Die beiden Länderbeispiele zeigen, dass die globalen Folgen der neoliberalen, profitorientierten Politik steigende soziale Ungleichheit, Ausgrenzung, Naturzerstörung und Klimawandel, Kriege, Flucht und Verarmung mit sich bringen. Doch nicht nur auf der institutionellen Ebene der Regierungen der G20-Staaten verschärft sich die Situation, auch in europäischen Gesellschaften verbreiten sich auf erschreckende Weise autoritäre Tendenzen, die Schutzsuchende ablehnen.



## Auf nach Hamburg zu den G20-Protesten vom 5. bis 8. Juli

Um Chancenlosigkeit entgegen zu wirken und Diskriminierung abzubauen, helfen weder höhere Mauern in Europa, noch sogenannte Auffanglager in Nordafrika oder an der Ostgrenze Europas. Durch das Festhalten am neoliberalen Kapitalismus als status quo werden keine Leben gerettet und keine global-gerechten Perspektiven geschaffen.

Im Gegenteil: die Ungleichheit zwischen Nord und Süd wird weiter vorangetrieben und die Welt gerät immer weiter aus den Fugen.

Um dieser Misere entgegenzuwirken ist es notwendig, der neoliberalen Politik der G20-Staaten ein Ende zu setzen. Fluchtursachen müssen deutlich benannt und ihre Wurzeln bekämpft werden. Es ist erforderlich die

regionalen Märkte, die kleinbäuerliche Landwirtschaft und die lokale Industrie zu unterstützen, Korruption zu stoppen und globale Gerechtigkeit zu verwirklichen – anstatt einseitige Wirtschaftsinteressen zu fördern. Es ist unumgänglich, jetzt die Wende hin zu einer gerechten Globalisierung zu beginnen und Verantwortung für Menschenleben zu tragen.

**Wir rufen dazu auf, gemeinsam gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung – gesellschaftlich und institutionell – vorzugehen und daher Fluchtursachen und nicht die Flüchtenden zu bekämpfen**

- durch eine gerechte internationale Handels-, Fischerei- und Agrarpolitik
- durch Stärkung regionaler Märkte, kleinbäuerlicher Landwirtschaft und lokaler Industrie
- durch weltweite Abrüstung
- durch die radikale Umsetzung des Klimaschutzes
- und vor allem, durch ein (grenz-)offenes solidarisches Europa – nach innen und außen, dass sichere Fluchtwege nach und menschenwürdige Lebensgrundlagen in Europa garantiert